

BUDGETREDE

des Landesfinanzreferenten

Landesrat MAG. WOLFGANG SOBOTKA



Haushaltsvoranschlag
des Landes Niederösterreich
für das Jahr 2002
18. Juni 2001

Sehr geehrter Herr Präsident!

Hoher Landtag!

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Große Ereignisse, die nicht nur die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher, sondern viele Millionen Europäerinnen und Europäer in 11

EU-Mitgliedsstaaten betreffen werden, werfen ihre Schatten voraus. Und zwar

in Form ungewohnt niedriger Zahlen im Haushaltsentwurf 2002, wie er Ihnen für das Land Niederösterreich heute und morgen zur Beratung und Beschlussfassung vorliegt.

Es ist allerdings nicht so, dass die Einnahmen - was eine Katastrophe wäre - und die Ausgaben - worüber ich mich als Finanzreferent freuen würde - sich um mehr als 90 Prozent verringert hätten.

Vielmehr ist das Landesbudget 2002 das erste, das ausschließlich in Euro erstellt wurde, nachdem wir mit dem Jahreswechsel nach 77 Jahren vom Schilling Abschied nehmen werden. Das ist ein wichtiger Schritt in die europäische Zukunft, aber auch ein tiefer Einschnitt in das Alltagsleben jedes einzelnen Bürgers. Bei der Budget-Erstellung ist die Euro-Umstellung allerdings nur eine Äußerlichkeit, eine Rechenaufgabe, die sich mit jedem besseren Taschenrechner lösen lässt.

Weit gravierender sind die Einschnitte, die sich aus dem Finanzausgleich 2001 bis 2004 und aus dem Stabilitätspakt ergeben! Sie bedeuten nämlich eine grundlegende Veränderung der budgetpolitischen Rahmenbedingungen.

Sie sind nämlich nicht nur eine Frage des Währungskurses, sondern des politischen Kurses, den wir zu gehen haben.

Keine Frage des Umrechnens, sondern eine Frage des Umdenkens für uns alle.

Bevor ich aber darauf eingehe, möchte ich kurz die Eckdaten des vorliegenden Haushaltsentwurfes darlegen. Wobei ich heuer zum ersten Mal nur noch Eurobeträge anführen werde.

Der Voranschlag sieht Ausgaben von 4,303 Milliarden Euro, das ist gegenüber dem Vorjahr ein Plus von 408 Millionen Euro. Dem stehen Einnahmen von 3,937 Milliarden Euro entgegen, eine Steigerung um 156 Millionen Euro. Daraus resultiert ein Brutto-Abgang von 366 Millionen Euro. Abzüglich der Tilgung von Finanzschulden ergibt sich ein Netto-Abgang von 9 Millionen Euro.

Das sind - um uns die Größenordnung in noch vertrauteren Dimensionen vor Augen zu führen - weniger als 130 Millionen Schilling, um die sich die Finanzschulden des Landes erhöhen. Und das, Hohes Haus, ist immerhin eine Verringerung des Netto-Abganges um 3 Millionen Euro. Damit verzeichnen wir - und das kann geradezu als sensationell bezeichnet werden - den niedrigsten Netto-Abgang seit Anfang der Neunzigerjahre.

Nach Maastricht-Kriterien liegen sowohl die Ausgaben wie auch die Einnahmen bei je 4,3 Milliarden Euro und wir erzielen durch die diversen Finanztransaktionen einen Maastricht-Überschuss in Höhe von 304 Millionen Euro.

Wie wird aber aus einem Netto-Abgang von 9 Millionen Euro ein Überschuss nach Kriterien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung von 304 Millionen Euro? Die Antwort auf diese Frage ist keine Frage budgetpolitischer Kosmetik, sondern eine Sache der volkswirtschaftlichen Realität.

Wir beschränken uns nämlich auf jene Einnahmen bzw. Ausgaben, die einer Wertzunahme oder einem Wertabfluss im Wirtschaftskreislauf entsprechen und für den Staat relevant sind. Die Veränderungen der finanziellen Aktiva und

Passiva sind damit aus dem Landeshaushalt ebenso herauszurechnen wie das Ergebnis der nicht zum Staat zählenden Betriebe. Dabei werden um 313 Millionen Euro mehr Ausgaben als Einnahmen herausgerechnet und der Abgang von 9 in einen Überschuss von 304 Millionen Euro umgedreht. Den Löwenanteil an dieser rein statistischen Verbesserung haben die vom Land insbesondere zur Wohnbauförderung gewährten Darlehen.

Für den positiven Effekt geben also die für das öffentliche Defizit nicht relevanten finanziellen Transaktionen den Ausschlag. Ich betone: "Transaktionen", nicht "Tricks". Das heißt, wir erfüllen unter sehr schwierigen Bedingungen die von uns eingegangenen Verpflichtungen und leisten dadurch einen wesentlichen Beitrag, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit Österreichs zu erhalten.

Der öffentliche Haushalt als Ausweis der volkswirtschaftlichen Realität, ein politisches Budget auf Basis einer realistischen ökonomischen Bilanz,

- das ist auch qualitativ ein Quantensprung.

Damit, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, bin ich bei den von mir bereits angesprochenen budgetpolitischen Rahmenbedingungen, die sich grundlegend verändert haben. Die Budgetpolitik wird heute und in Zukunft vor allem sowohl vom Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt wie auch von dem in Österreich für den Gesamtstaat angestrebten ausgeglichenen Haushalt, dem vielzitierten "Nulldefizit", geprägt. Die Budgetpolitik wird auf zwei verschiedenen Ebenen diskutiert, was nicht selten auch zu Verwirrungen führt.

Einerseits ist das Budget, wie wir es gewohnt sind, die Gegenüberstellung von Einnahmen und Ausgaben. Andererseits aber wird das Budget nach den Kriterien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung dargestellt und beurteilt und gerade diese Betrachtungsweise gewinnt immer mehr an Gewicht. Auch das "Nulldefizit" orientiert sich an diesem Konzept. Beide Ebenen sind aber nicht unmittelbar vergleichbar.

Das heißt: Wenn wir nach dem Konzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für 2002 einen Überschuss von 304 Millionen Euro erreichen, bedeutet das natürlich nicht, das damit zusätzliche Wünsche und Begehrlichkeiten erfüllt werden können. Ganz im Gegenteil, der Spielraum im Niederösterreichischen Landeshaushalt bleibt nach wie vor eng, ja sogar sehr eng.

Aber - und das ist entscheidend, Hohes Haus - wir schaffen uns mit der

Sanierung des Bundeshaushaltes die Basis, um in Zukunft die Gestaltungsräume der österreichischen Budgetpolitik wieder beträchtlich zu erweitern. Und das wiederum ist angesichts der gewaltigen Herausforderungen, die mit der europäischen Entwicklung gerade auf Niederösterreich zukommen, von existenzieller Bedeutung.

Und eins muss uns klar sein: Auch wenn wir durch unsere jetzigen Anstrengungen neue Spielräume für die Zukunft schaffen - die finanzpolitischen Spielwiesen der Vergangenheit wird es nicht mehr geben.

Sehr verehrte Damen und Herren!

Hohes Haus!

An diesem Punkt erscheint es mir auch notwendig, kurz darzulegen, wie es zu diesen veränderten Rahmenbedingungen gekommen ist und welche konkrete Konsequenzen sich für die niederösterreichische Budgetpolitik ergeben.

Die Verhandlungen über den Finanzausgleich 2001 bis 2004 begannen nicht gerade unter den besten Voraussetzungen, ja man kann sagen, in einer sehr kühlen Atmosphäre. Denn die Bundesregierung hatte über die Köpfe der Länder hinweg das Österreichische Stabilitätsprogramm 2000 bis 2004 beschlossen.

Mit dem Ziel, ab 2002 das Nulldefizit zu erreichen, wozu allein die Länder die erforderlichen öffentlichen Überschüsse beisteuern werden.

Und wir haben sehr schnell sehr deutlich gemacht: Ihr könnt über uns beschließen, was ihr wollt. Aber ihr könnt nicht ohne uns erreichen, was ihr wollt.

Daraus ergibt sich für uns eine klare Konsequenz: Wir haben zwar einen Finanzausgleich ausgehandelt, der kein Grund zum Jubeln ist, mit dem die Länder aber leben können. Ebenso wie die Kommunen, für die ein wichtiger Schritt zu mehr Gerechtigkeit für die kleinen Gemeinden erreicht wurde. Aber unterschreiben werden die Länder dieses Paktum erst gemeinsam mit einem abgeänderten Stabilitätspakt. Wir ziehen hier, ungeachtet der unterschiedlichen Mehrheitsverhältnisse in den einzelnen Bundesländern an einem Strang!

Aus dem Blickwinkel der Länder enthält der Finanzausgleich vor allem folgende "dicke Brocken":

- Die Länder sind verpflichtet, für die gesamte Finanzausgleichsperiode einen durchschnittlichen Haushaltsüberschuss in Höhe von mindestens 0,75 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, jedenfalls aber 23 Milliarden Schilling, zu erwirtschaften.
- Zur Absicherung des vereinbarten Überschusses der Länder wird ein Sanktionsmechanismus in Anlehnung an entsprechende Regelungen auf europäischer Ebene eingerichtet.
- Die Länder erbringen für die kommende Finanzausgleichsperiode einen zusätzlichen Solidaritätsbeitrag in Höhe von 218 Millionen Euro pro Jahr.

- Durch Aufgaben- und Strukturreformen werden weitere 254 Millionen Euro pro Jahr eingespart. Die entsprechenden Verhandlungen, das darf ich hier einschieben, werden in nächster Zeit sicher eines der beherrschenden innenpolitischen Themen sein.
- Die gesamten Erträge einnahmenseitiger Maßnahmen des Bundes verbleiben grundsätzlich beim Bund, die Länder erhalten davon lediglich einen absoluten Beitrag in Höhe von 72,6 Millionen Euro pro Jahr.
- Die Verpflichtung des Bundes zum Ersatz der Kosten für die Landeslehrer bleibt aufrecht, es werden aber Maßnahmen gesetzt, um diese Personalausgaben zu stabilisieren.

Im Gegenzug hat auch der Bund einige gewichtige Zugeständnisse gemacht. Die ursprünglich vom Finanzminister geforderte Streichung der den Ländern für die Wohnbauförderung überwiesenen Zweckzuschüsse in Höhe von rund 1,7 Milliarden Euro ist unterblieben, ebenso der Wegfall der rund 218 Millionen Euro, die den Ländern für die Krankenanstaltenfinanzierung überwiesen werden.

Wie im Fußball, so muss auch für den Finanzausgleich gelten - Ausgleich heißt: Es gibt keinen, der als Verlierer vom Platz geht. Jeder nimmt einen Punkt mit nach Hause.

Hohes Haus!

Mit dem neuen Finanzausgleich und dem Stabilitätspakt ist auch unser Niederösterreichisches Budgetprogramm 1999 bis 2003 nicht mehr aktuell,

es

ist obsolet geworden. Es musste ein neues Budgetprogramm 2001 bis 2004 erstellt werden, das Ihnen sehr verehrte Damen und Herren Abgeordnete, im Zug der Budgetdebatte ebenfalls zur Beratung vorliegt.

Seine Zielsetzungen lauten:

- Erstens. In den Voranschlägen des Landes sollen Haushaltsüberschüsse erreicht werden, und zwar in folgender Höhe:
2001 und 2002 sollen jeweils 304,37 Millionen Euro, 2003 sollen 315,45 Millionen Euro und im Voranschlag 2004 schließlich 329,28 Millionen Euro erbracht werden.
- Zweitens. Der Schuldenstand wird stabilisiert. Dabei geht es um den öffentlichen Schuldenstand, der für nationale und internationale Vergleiche maßgebend ist und nicht nur deutlich unter den Finanzschulden des Landes liegt, sondern darüber hinaus auch eine fallende Tendenz aufweist.

Da nur für tatsächliche Auszahlungen Darlehen aufgenommen werden, konnte der öffentliche Schuldenstand des Landes beträchtlich unter dem gesamten Finanzschulden gehalten werden. Außerdem sinkt die öffentliche Verschuldung kontinuierlich seit 1996. So betrachtet, hat der Landeshaushalt selbst sein "Nulldefizit" seit Jahren übererfüllt.

Das sind zwei hoch gesteckte Ziele, die nicht leicht zu erreichen sein werden. Aber sie sind nicht unrealistisch. Allerdings müssen einige

grundlegende Voraussetzungen gegeben sein:

- Die Ziele des Budgetprogramms sind erreichbar, wenn die Interpretation des ESG, des Europäischen Systems der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, so wie sie den Ländern bei der Finanzausgleichsvereinbarung bekannt war, innerstaatlich akzeptiert bleibt. Das gilt natürlich insbesondere für alle landesinternen Maßnahmen zur Verbesserung des Haushaltsergebnisses.
- Sie sind erreichbar, wenn alle Handlungsspielräume zur Stabilisierung und Verbesserung des Überschusses konsequent wahrgenommen werden.
- Sie sind erreichbar, wenn beim Budgetvollzug strengste Maßstäbe angelegt werden. Das ist ein Appell, der sich an die Mitglieder der Landesregierung, aber auch an Sie, werte Abgeordnete des Hohen Hauses, richtet, aber auch an die Kommunalpolitiker, an die Interessenvertretungen, Verbände usw.
- Und sie sind schließlich erreichbar, wenn der eingeschlagene Weg einer Reform der Landesverwaltung in Richtung New Public Management konsequent weiter gegangen wird.

Gefordert sind also Sparsamkeit und Disziplin. Auch vom Hohen Haus und seinen Mitgliedern. Ich möchte hier nicht mit dem erhobenen Zeigefinger agieren, sage das aber ganz bewusst. Es waren nämlich einige Landtagsabgeordnete, die im Zusammenhang mit dem Rohbericht des

Rechnungshofes über die Gebarung des Landes für Irritationen gesorgt haben.

Indem sie sich nicht an das klassische Latein, sondern an das moderne Englisch gehalten haben, nicht an das gute alte Prinzip "audiatur et altera pars", sondern an den Journalisten-Sager "Only bad news are good news" .

Es wäre ein Gebot der Fairness gewesen, die Prüfung des Berichtsentwurfes durch die Landesregierung und deren Stellungnahme abzuwarten. Denn es hat sich gezeigt, dass die im Rohbericht vorgebrachte Kritik keineswegs stichhaltig war.

Der Rechnungshof hat nämlich unzulässigerweise zum einen die Verschuldungskennzahlen von Land und Gemeinden gemeinsam betrachtet und zum anderen in die Untersuchung der Landesschulden auch die so genannten inneren Anleihen einbezogen. Rechnet man diese beiden Faktoren heraus, so betragen die tatsächlichen Schulden des Landes - und nur diese sollte den Landtag als Träger der Budgethoheit des Landes interessieren - pro Kopf der Bevölkerung nicht, wie kolportiert, 3.345 Euro, sondern lediglich etwa 1.490 Euro. Damit liegt Niederösterreich im Bundesländervergleich im vorderen Mittelfeld.

Hohes Haus!

Neben den budgetpolitischen spielen natürlich auch die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen eine entscheidende Rolle bei der Budgeterstellung. Und sie haben uns heuer, vorsichtig ausgedrückt, die Arbeit sicher nicht gerade erleichtert.

Die internationalen Rahmenbedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung haben sich in den letzten Monaten deutlich verschlechtert. In allen internationalen Prognosen wurde die Konjunktureinschätzung nach unten revidiert. Erst ab 2003 rechnen die Experten wieder mit einer Besserung der internationalen wirtschaftlichen Lage.

Die österreichische Wirtschaft kann von diesen internationalen Trends selbstverständlich nicht unberührt bleiben. In seiner jüngsten Prognose rechnet das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung für heuer mit einem realen Wachstum von 2,2 Prozent, im nächsten Jahr mit 2,1 Prozent. Österreich liegt damit etwa im Durchschnitt der Euro-Staaten, unsere Wirtschaft wird sowohl heurigen als auch im kommenden Jahr etwa gleich stark wachsen wie die deutsche. Zum Vergleich: Im Vorjahr legte die Wirtschaft im EU-Raum noch um 3,3 Prozent zu.

Gibt es also nur dunkle Wolken am Wirtschaftshorizont? Nein.

Experten sagen uns voraus, dass sich trotz der Konjunkturabschwächung der österreichische Arbeitsmarkt weiter positiv entwickeln wird. Die Beschäftigung wird sowohl heuer als auch im nächsten Jahr um jeweils 0,6 Prozent steigen, die Arbeitslosigkeit weiter sinken. Die Arbeitslosenrate soll von 5,8 Prozent im Vorjahr heuer auf 5,4 Prozent sinken und auch 2002 auf diesem Niveau bleiben.

Was für uns besonders wichtig - und für uns besonders positiv ist: Dass sich die niederösterreichische Wirtschaft besser entwickelt hat als der österreichische Durchschnitt. Und vor allem, dass sich dieser Trend nach den Voraussagen der Experten weiter fortsetzen wird. Seit 1993 wurde in unserem Land 29.300 Unternehmen neu gegründet, allein im Vorjahr waren

es rund 5.000. Damit lag Niederösterreich an der Spitze aller Bundesländer. Und die Zahl der Beschäftigten ist mit durchschnittlich 522.000 um 100.000 höher als Mitte der Achtzigerjahre. Zweifellos hat zu dieser positiven Entwicklung auch die Budgetpolitik des Landes ihren Teil beigetragen.

Allerdings: Loskoppeln von der internationalen und von der gesamtösterreichischen Konjunkturdämpfung können wir uns sicher nicht.

Ein

erstes Anzeichen war die Tatsache, dass im Mai - vor allem auf Grund der Probleme im Bausektor - erstmals seit 31 Monaten, also seit fast drei Jahren, die Arbeitslosigkeit wieder leicht gestiegen ist.

Hohes Haus!

Sehr verehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Das bisher Gesagte lässt sich in einem Satz zusammenfassen: Die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für die Erstellung des ersten Euro-Voranschlages waren alles andere als einfach! Und dennoch sage ich aus voller Überzeugung: Es ist ein gutes Budget. Ein Budget, das die sehr engen Gestaltungsräume nutzt, um Schwerpunkte zu setzen und in den entscheidenden Bereichen wirksame Impulse auszulösen.

Je weniger Spielraum wir haben, umso klarer sind die Schwerpunkte, die wir setzen müssen.

Diese Schwerpunkte ergeben sich zum einen aus den Herausforderungen,

vor

denen unser Land am Beginn des 3. Jahrtausends steht. In einer Zeit des rasanten gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und technischen Wandels, der Globalisierung und Europäisierung müssen wir uns optimal auf die EU-Erweiterung vorbereiten. Sie berührt Niederösterreich so stark wie kaum eine andere europäische Region.

Die Entscheidungen, die jetzt zu treffen sind, werden auf Jahrzehnte hinaus die Zukunft unserer Heimat bestimmen. Zu Recht hat Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll die Herausforderungen, mit denen wir heute konfrontiert sind, mit jenen verglichen, vor denen ein Leopold Figl und ein Oskar Helmer im Jahr 1945 standen. Natürlich sind die Voraussetzungen heute ganz andere als in der "Stunde Null", aber von der Tragweite her ist dieser Vergleich zweifellos richtig.

1945 stand die Politik vor dem Nichts. Heute stehen wir vor Herausforderungen und Chancen wie selten zuvor. Es ist nicht die Stunde Null, aber wir stehen im Jahr 1 eines neues Jahrtausends.

Zum anderen ergeben sich die Schwerpunkte aus den landespolitischen Zielen, die wir uns sehr hoch gesteckt haben. Nämlich Niederösterreich in absehbarer Zeit unter den Top-ten-Regionen Europas zu positionieren und gleichzeitig als "Insel der Menschlichkeit" weiter zu entwickeln.

Ich habe nun nicht vor, sie mit Zahlen zu bombardieren, um diese Schwerpunktsetzungen zu untermauern. Schließlich haben Sie alle den Voranschlagsentwurf gründlich studiert. Ich möchte aber doch Ihre Aufmerksamkeit auf einige Ansätze lenken.

Motor auf dem Weg unter die europäischen Top-Regionen ist neben dem erfolgreichen Fitness-Programm, mit dem wir unser Land und ganz besonders die Grenzgebiete optimal auf die EU-Erweiterung vorbereiten, die blau-gelbe Technologieoffensive.

Sie hat bereits eine beachtliche Dynamik erreicht, Niederösterreich gewinnt als Technologie-Standort zunehmend an Bedeutung. Eindrucksvolle Beweise dafür sind die Eröffnung des großen Call-Centers der Siemens-Tochter "ringo" in Hollabrunn, die vor kurzem fixierte Übersiedlung der KfZ-Spiegel-Entwicklung und -produktion des Magna-Konzerns von Deutschland nach Weikersdorf im Steinfeld, die führende Position Niederösterreichs bei den Kompetenzzentren, in denen Wirtschaft und Wissenschaft innovativ zusammenarbeiten, und das Wachsen eines Biotechnologie-Zentrums mit derzeit schon fünf Unternehmen in Krems.

Diesen Weg wollen wir konsequent fortsetzen, das findet auch im Budget seinen Niederschlag. Nachdem bereits 2001 die Mittel für die betriebliche Technologieförderung und die Kompetenzzentren von 1,82 Mio. Euro auf 2,91

Mio. Euro angehoben wurden, fällt die Erhöhung heuer noch weit deutlicher aus. Nämlich um 150 Prozent auf 7,27 Millionen Euro.

Das erwähnte Biotechnologie-Zentrum hat seine Wurzeln im Regionalen Innovationszentrum Krems, vor allem aber auch in der Donau-Universität.

Das

ist ein ganz entscheidender Aspekt! Im globalen Wettbewerb der Staaten und der Regionen sind Bildung und Ausbildung zu den wichtigsten Rohstoffen

und
Standortfaktoren geworden.

Im Voranschlag finden sich daher unter den Überschriften "Unterricht und Erziehung" sowie "Forschung und Wissenschaft" zum Teil beträchtliche Aufstockungen der Mittel, z.B. für die Erwachsenenbildung, für die NÖ Bildungs Ges.m.b.H. für das Fachhochschul- und Universitätswesen oder für die Landesakademie.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete!

Wenn wir neben den Technologie-Standort Niederösterreich gleichwertig die Perspektive "Insel der Menschlichkeit" stellen, dann ist das kein Gegensatz. Ganz im Gegenteil, diese beiden Zielsetzungen ergänzen einander, sie stellen

zwei Seiten einer Medaille dar. Wobei ich den Begriff "Menschlichkeit" weit über die klassische Sozialpolitik hinaus verstehe.

Die so genannten "weichen Standortfaktoren" gewinnen heute immer mehr an

Gewicht. Das heißt, neben der Verkehrsinfrastruktur, dem Bildungswesen und

dem Angebot an gut ausgebildeten Fachkräften, den

Förderungsinstrumentarien usw. spielen heute bei Standortentscheidungen auch die Umweltsituation, das Kultur- und Freizeitangebot, das

Gesundheitswesen, das soziale Klima, die Sicherheit etc. - kurzum das weite Feld der Lebensqualität - eine höchst gewichtige Rolle.

Im Voranschlag tragen wir dieser gewichtigen Rolle Rechnung. So erhöhen

sich die Ausgaben für das Sozialwesen einschließlich der Wohnbauförderung um 5 Prozent auf 1,21 Milliarden Euro. Dabei achten wir besonders darauf, unsere Position als Familien-Bundesland Nr. 1 zu halten und auszubauen.

Die Aufwendungen für das Gesundheitswesen - seit jeher ein besonderes "Sorgenkind" jedes Finanzreferenten - steigen um 9,7 Prozent auf 219 Millionen Euro.

Nicht nur für mich als Umweltreferent besonders erfreulich, sondern ein deutliches Signal für eine Politik, die künftige Generationen im Auge hat, ist die Erhöhung der Umweltschutz-Mittel von 20,5 auf 25,5 Millionen Euro.

Hohes Haus!

Um den operativen Spielraum für diese Schwerpunktsetzungen zu gewinnen bzw. zu erhalten, waren natürlich Einschnitte in anderen Bereichen notwendig. Wir haben aber darauf geachtet, dass die Einsparungen für den einzelnen Bürger nicht spürbar werden.

Kürzungen sind Mangelware. Ich möchte wiederholen: Als Beitrag zum gesamtösterreichischen "Nulldefizit" wird der Überschuss nach Maastricht-Kriterien ohne Einschränkungen der Leistungsfähigkeit des Landeshaushalts erbracht. Selbstverständlich ist es nicht niederösterreichische Art, über unsere Partner in den Gemeinden einfach "drüber zu fahren".

Das Zusammenwirken zwischen Land und Gemeinden war in der Vergangenheit eine der wichtigsten Grundlagen für die gute Entwicklung

Niederösterreichs und auch die Herausforderungen von heute und morgen werden wir nur dann optimal bewältigen, wenn wir sie partnerschaftlich anpacken.

Es war daher für uns eine Selbstverständlichkeit, die Landesbeiträge an die gemeinsam finanzierten Fonds ausführlich mit den Gemeindevertreterverbänden zu besprechen und gemeinsame Lösungen zu suchen.

Langfristig, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, aber liegt das größte Potenzial sicher in der konsequenten Fortsetzung der Verwaltungsreform in Richtung New Public Management! Dass wir diesen Weg bereits erfolgreich gehen, zeigt auch der vorliegende Voranschlag.

Der Anteil des Personalaufwandes, der im Budget 2001 noch bei 33,34 Prozent lag, wurde auf 30,34 Prozent reduziert. Das ist ein Wert, der in den letzten zehn Jahren nur ein einziges Mal erreicht bzw. unterschritten wurde.

Entscheidend ist, dass diese Maßnahmen nicht auf Kosten des Bürgerservice gehen, ganz im Gegenteil. Wir verwirklichen in Niederösterreich, was wir in der derzeitigen Diskussion auch vom Bund fordern: Verwaltungsreform kann nicht nur mit dem Rechenstift erfolgen, im Mittelpunkt muss immer die Verbesserung des Service für den einzelnen Bürger stehen. Einsparungen sind ein angenehmer und natürlich höchst willkommener Nebeneffekt.

In unserer Landesverwaltung läuft bereits seit rund zweieinhalb Jahren das Programm der Effizienz- und Effektivitätsprojekte. Erfasst sind derzeit schon sechs Gruppen, weiters die Bezirkshauptmannschaften, die

Agrarbezirksbehörde und einige weitere Abteilungen.

Der Bogen spannt sich dabei von einfachen, sofort umsetzbaren, aber in Summe ungeheuer wirksamen Maßnahmen bis in zu höchst komplexen Projekten, wie etwa die Einführung der Kostenrechnung, die Installierung einer Art Profitcenter in einer Organisationseinheit, die Überarbeitung von Landesgesetzen zur Verwaltungsvereinfachung oder die Ausgliederung von Leistungen, die auch von Privaten erbracht werden können.

Ich warne allerdings dringend davor, in Privatisierungen ein Allheilmittel zu sehen. Vor allem dort, wo es um die Grundversorgung der Bürger geht, ist Vorsicht angebracht.

Privatisierung muss mit Vernunft und Augenmaß betrieben werden - nicht mit der Motorsäge.

Wir sollten uns ein Beispiel nehmen an erfolgreichen Privatisierungen, die es im Ausland gab. Wir sollten aber auch aus den Folgen und den Fehlern lernen, die andere mit überhasteter Privatisierung machten (ÖPNV in England, Strom in Kalifornien).

Ein ganz wichtiges Instrument der Verwaltungsreform ist das Controlling. Dabei versteht sich modernes Controlling nicht als Kontrolle im Sinn eines "Aufpassers", sondern als Unterstützung bei der Steuerung eines Unternehmens durch Information und die Entwicklung von Handlungsalternativen. Ein solches Controlling wird in einigen Bereichen der Landesverwaltung bereits seit einigen Jahren professionell eingesetzt. Beispiele sind etwa Monitoringsysteme bei einzelnen Verfahrensarten - etwa beim erfolgreichen "Verfahrensexpress" - und Förderungen.

Wir können also, eine sehr verehrten Damen und Herren, ohne Überheblichkeit feststellen: Wir Niederösterreicher sind nicht die Obersanierer und schon gar nicht die Oberlehrer, aber wir haben in die derzeitige Diskussion auf Bundesebene einiges an Know How einzubringen. Und wir haben das auch schon getan.

Das Paket der Bundesländer, an dem Niederösterreich federführend mitgearbeitet hat, umfasst bereits Einsparungen in Höhe von mindestens 51,094 Millionen Euro.

In der Öffentlichkeit hört und liest man immer wieder vom Zusperrren! Im Gerede sind Bezirksgerichte ebenso wie Gendarmerieposten, Finanzämter ebenso wie Postämter. Wir brauchen aber keine Schließungsprogramme, sondern die Österreicher brauchen und wollen Verbesserungsprogramme, die a u c h - ich betone "auch" - Einsparungen bringen!

Also: Nicht einfach zusperrren, sondern mehr Bürgernähe, eine übersichtlichere Verwaltung und Entlastung von unnötiger Bürokratie.

Wesentlich dabei ist zunächst eine Aufgabenkritik als eine gründliche Durchforstung, welche staatlichen Leistungen grundsätzlich entbehrlich sind und welche ohne Qualitätsverlust ausgelagert bzw. an Private übertragen werden können.

Dabei ist sicher auch zu hinterfragen: Ist es wirklich sinnvoll, dass unsere Rechtsvorschriften in vielen Bereichen Standards fordern, die weit über die EU-rechtlichen Vorgaben hinausgehen? Gerade diese Übererfüllung ist

unverhältnismäßig teuer und bedeutet in vielen Fällen auch einen Standortnachteil für die heimische Wirtschaft.

Ein weites Feld bieten auch die möglichen Deregulierungen im Wust der Gesetze und Verordnungen. Unser Ziel sollte sein, Vorzugsschüler eines modernen Staatsverständnisses zu sein - nicht Musterknaben veralteten Bürokratendenkens.

Was die Organisation betrifft, ist vor allem ein vereinfachter Verwaltungsaufbau gefragt. Auf Basis der geltenden Verfassungslage könnten die Bezirksverwaltungsbehörden als erste und einzige Verwaltungsinstanz eingerichtet werden. Besonders wichtig ist die Schaffung effizienter und moderner Strukturen im Anlagenrecht, etwa durch die Zusammenführung von Anlagenverfahren bei der Bezirksverwaltung als gemeinsamer Anlagenbehörde ohne Instanzenzüge an Bundesbehörden.

Und es ist jetzt endlich die historische Chance zu ergreifen, die Zuständigkeiten zu bündeln, also Doppelgleisigkeiten von Bundes- und Länderverwaltungen zu beseitigen. Schließlich können wir sehr gut auf eine Reihe von Aufsichtsbükratien verzichten, die die Länder und Gemeinden unnötig belasten.

Sie sehen, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete: Im Zusammenhang mit dem Landesbudget 2002 stellen sich viele Fragen, die weit über die Landesgrenzen und über das Haushaltsjahr hinausreichen. Das kann auch nicht anders sein, denn ganz besonders in diesem Jahr müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, damit wir in Zukunft wieder mehr Gestaltungsfreiräume bekommen.

Ich meine aus voller Überzeugung: Das ist gelungen! Es ist ein guter, ein sehr guter Voranschlag, den ich Ihnen zur Beratung und Beschlussfassung vorlegen kann.

Ich möchte ihn in einem Satz zusammenfassen: Es ist gelungen, die Verpflichtungen aus dem Finanzausgleich und dem Stabilitätspakt zu erfüllen und den gewaltigen Beitrag von 304 Millionen Euro zum Nulldefizit des Bundes zu leisten, und trotzdem ein Budget zu erstellen, das klare Schwerpunkte setzt und gleichzeitig den Schuldenstand abzubauen.

Ohne gleich, wie eine Tageszeitung, von der "Quadratur des Kreises" zu sprechen, stelle ich doch fest. Aus schwierigsten Voraussetzungen wurde das Bestmögliche gemacht.

Viele haben dazu beigetragen und ich möchte, wie gewohnt, an den Schluss meiner Ausführungen Worte des Dankes stellen.

Mein Dank gilt ganz besonders den Mitgliedern der Landesregierung, an der Spitze Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll. Natürlich haben sie sich vehement für die Anliegen und Wünsche ihrer Ressort eingesetzt und zäh um jeden Euro gerungen.

Aber sie haben auch sehr viel Verständnis für die schwierige Situation, für die Notwendigkeit der Budgetkonsolidierung und für die Nöte des Finanzreferenten an den Tag gelegt. Anders wäre es nicht möglich gewesen, diesen guten Voranschlag zustande zu bringen.

Herzlich danke ich allen mit der Budgeterstellung und mit der Vorbereitung der Budgetsitzung befassten Landesbediensteten, allen voran dem Leiter der Finanzabteilung HR Dr. Walter Pecker, Dr. Reinhard Meißl, Budgetdirektor Eduard Pichler und seinem Stellvertreter Rudolf Stöckelmayer.

Und vor allem danke ich schon am Beginn der Debatte Ihnen, sehr verehrte Damen und Herren Abgeordnete, für Ihre Bereitschaft, sich sachlich und konstruktiv mit dem Haushaltsentwurf auseinander zu setzen. Diese Bereitschaft setze ich auf Grund bisheriger Erfahrungen - schließlich ist es meine vierte Budgetdebatte als Finanzreferent - einfach voraus.

Selbstverständlich bin ich auch offen für jede sachliche Kritik und werde sie entsprechend ernst nehmen.

Auch nach der Beschlussfassung ist das erste Landesbudget in Euro nur ein Stück Papier mit vielen Zahlen. An uns gemeinsam wird es liegen, diese Zahlen so mit Leben zu erfüllen, dass sie uns ein gutes Stück näher zu unseren hoch gesteckten Zukunftsperspektiven bringen: Niederösterreich unter die Top-Regionen Europas zu führen und als "Insel der Menschlichkeit" zu erhalten und weiterzuentwickeln.